

Hallisches Tageblatt.

Fortsetzung des Hallischen patriot. Wochenblatts zur Beförderung gemeinnütziger Kenntnisse und wohlthätiger Zwecke.

N^o 118.

Sonntag den 22. Mai.

1859.

Die Stellung der preußischen Regierung in der gegenwärtigen Lage.

(Schluß.)

Sie schöpft aus den Erklärungen, wie sie vorliegen, in Verbindung mit der bisherigen Politik der Regierung, die Ueberzeugung, daß der Krieg, welchen Oesterreich zur Aufrechthaltung seiner Machtstellung und Politik in Italien mit Sardinien und Frankreich führt, an und für sich und selbst im Zusammenhange mit dem durch manche Anzeichen begründeten Mißtrauen gegen die Absichten Frankreichs für jetzt in der Auffassung der Regierung keinen Grund bilde, unter Entfremdung der beiden anderen Großmächte mit Waffengewalt auf die Seite Oesterreichs gegen Frankreich zu treten. Noch weniger glaubt sie befürchten zu dürfen, daß die Bestrebungen der Italienischen Staaten für eine stärkere nationale Verbindung und für eine bessere Staatsverwaltung auch dann, wenn diese Bestrebungen in bedenklichen revolutionären Formen sich geltend machen, an und für sich für die Regierung ein Motiv bilden werden, sich aus bloßen Gründen des Prinzips und ohne Rechtfertigung durch unsere eigenen nationalen Interessen an dem Kriege thatsächlich zu betheiligen. Je mehr sich Preußen durch die bestehende Einigkeit zwischen König und Volk stark fühlt, je weniger kann es sich bewogen finden, in anderen Ländern, in welchen diese Harmonie nicht besteht, mit unseren Waffen einzuschreiten.

Auf der andern Seite schöpft die Kommission aus den Erklärungen der Königlichen Staatsregierung aber auch das Vertrauen, daß sie in Lösung der doppelten Aufgabe, welche sie sich gestellt, die Gefahren nicht verkennen wird, welche das Auftreten des Französischen Kaisers, dem neuerdings die vielfagende Sprache der kaiserlichen Proklamation einen bedeutsamen Hintergrund verliehen hat, für die Sicherheit und Integrität Deutschlands und

Preußens enthält. Die Vermuthung liegt nur allzunah, daß das in Frankreich herrschende System zu äußerer Machtvergrößerung hindrängt, und der Italienische Krieg nur die Vorbereitung zur Ausführung weiterer Pläne, die Deutschlands und Preußens Interessen direkt berühren, zu bilden bestimmt sei. In dieser Beziehung wurde von einer Seite in der Kommission die Bedeutung des gegenwärtigen Krieges besonders betont, als eines solchen, der von Frankreich und der Italienischen Revolution zunächst gegen Oesterreich sich richte, dann aber nur zu leicht zu weiteren Angriffen führen könne. Es wurde daran die Befürchtung geknüpft, daß gegenüber einem solchen Kriege, dem durch keine Kabinetts-Politik, sondern unter Zuhülfenahme moralischer Mittel entgegengetreten werden müsse, auf die Politik des Friedens und der Vermittelung zu viel Gewicht gelegt werde. Die Kommission glaubt, diese letztere Befürchtung nicht theilen zu dürfen, sie entnimmt aus den Erklärungen der Königlichen Regierung, aus ihren jüngsten Maßnahmen, insbesondere der bereits verfügten Marschbereitschaft der sechs übrigen Armeekorps und aus der durch die gegenwärtigen Gesetzentwürfe angebahnten Erweiterungen der militairischen Maßregeln die Ueberzeugung, daß die Königliche Staatsregierung sich der Größe der Gefahr vollständig bewußt ist, und daß, wenn sie auch jede Provokation zum Kriege, so lange er nicht geboten, vermeidet, sie doch im richtigen Momente unverzagt den Entschluß fassen wird, für die Sicherheit und Ehre Deutschlands zu den Waffen zu greifen und zugleich in der Lage sein wird zu bewirken, daß auch die Wehrkraft Deutschlands alsdann für die gemeinschaftlichen Interessen gegen den Feind geführt werden kann.

In dieser letzteren Beziehung wurde in der Kommission die begeisterte Stimmung in dem übrigen Deutschland, namentlich in Süd-Deutschland,



allgemein als ein erfreuliches Symptom erstarrten Gemeinfinnes anerkannt und nur beklagt, daß diese Begeisterung sich nicht bloß gegen den äußern Feind, sondern auch in schwer erklärlicher Verblendung gegen Preußen richtete. Es steht zu hoffen, daß die inneren Maßregeln der Preussischen Regierung und die bei den gegenwärtigen Vorlagen beabsichtigte größere Machtentfaltung Preußens auch in Süddeutschland das Gefühl der Sicherheit nach Außen und damit zugleich das der Nothwendigkeit der innigen Verbindung mit der zur Bekämpfung des äußern Feindes stärkeren Deutschen Macht erwecken, und daß sich dadurch die innerhalb einer aufgeregten Stimmung gebildeten irrigen Ansichten berichtigen werden. In dieser Beziehung sprach im Schooße der Kommission ein Mitglied der Königl. Staatsregierung ebenfalls die Hoffnung aus, daß die That besser als Worte das in Süddeutschland bestehende Mißverständnis hinsichtlich der Haltung Preußens aufklären werde, man habe die Preussische Regierung zu bedenklich gefunden, es spreche die Uebersetzung aus, daß die Regierung fortfahren werde, mit allem Bedacht vorzugehen, und sollte man noch nicht überall in Deutschland die Erkenntnis haben, daß die Preussische Regierung sich der großen und schweren Verantwortlichkeit, die auf ihr lastet, bewußt sei, so werde man doch, wenn die Zeit dazu kommen sollte, finden, daß auch für die geringste Verletzung Preussischer und Deutscher Ehre Preußen einstehen werde.

Nachdem von Deutschland die Rede gewesen, wird schließlich nicht umgangen werden können, auch der Deutschen Bundes-Versammlung und ihrer Haltung in Beziehung auf die Tagesfrage Erwähnung zu thun. Obgleich es keinem Zweifel unterliegt, daß der von Oesterreich in Italien zu führende Krieg an und für sich ein dem Bunde fremder ist, so steht doch der Bundes-Versammlung nach Art. 47 der Wiener Schlussakte, insofern als man Oesterreich als den angegriffenen Theil erachten kann, die Berechtigung zu, durch Stimmenmehrheit im engeren Rathe darüber zu beschließen, ob er in jenem Angriffe Gefahr für das Bundesgebiet erkenne. Im Fall der Bejahung dieser Frage entsteht für den Bund die Verpflichtung zu gemeinschaftlichen Vertheidigungs-Maßregeln und zur Theilnahme und Hülfeleistung. In Bezug hierauf wurden in der Kommission die Gerüchte erwähnt, nach welchen mehrere Deutsche Staaten sich Oesterreich gegenüber bereits durch Separatverträge zur Hülfeleistung verpflichtet hätten, und daran die Besorgniß geknüpft,

daß in Folge dessen durch Theilnahme dieser bereits in ihren Entschliessungen gebundenen Staaten im engeren Rathe ein Majoritäts-Beschluß erzielt werden könne, wodurch wider offenbares Recht und wider die Natur der Verhältnisse andere Staaten und namentlich Preußen gegen ihren Willen zur Theilnahme an einem, den Deutschen Interessen in Wahrheit fremden Kriege gezwungen werden sollten.

Der Herr Minister der Auswärtigen Angelegenheiten erklärte indeß, daß er die Nachricht von der Existenz solcher Verträge nur aus den Zeitungen kenne, von den Regierungen selbst würden dieselben in Abrede gestellt. Er gab ferner die Aufklärung, daß im Bunde in diesem Augenblicke keine Differenzen vorhanden seien, wenn auch theilweise die Neigung dahin gehe, auf eine nicht gerechtfertigte Weise entschiedener aufzutreten. *)

Es muß indeß erwartet werden, daß auch hier Angesichts der drohenden Gefahr die wahrhaft Deutschen Interessen sich Bahn brechen und das Gewicht der Stimme Preußens in diesem Augenblicke, wo Oesterreichs Macht außerhalb Deutschlands engagirt und seine Stimme im Bunde durch Rücksichten, welche Deutschland fremd sind, befangen ist, diejenige Berücksichtigung finden werde, welche der Machtstellung Preußens in Deutschland entspricht.

*) Es hat sich dies jetzt bereits durch den Antrag Hannovers auf Aufstellung eines Observations-Corps an der westlichen Grenze bestätigt; aber Preußen wird einen solchen Antrag nie gutheissen, selbst wenn die Majorität des Bundestages — was übrigens nicht zu befürchten ist — ihn zum Beschlusse erheben wollte.
Red.

Die Eisenbahn von Halle nach Nordhausen. *)

Der Magistrat und die Stadtverordneten zu Nordhausen bitten:

das Haus der Abgeordneten wolle bei der Staatsregierung die Anlage einer Eisenbahn von Halle über Nordhausen nach Cassel oder Nordheim auf Staatskosten beantragen.

Sie fügen ihre Petition darauf, daß bereits unterm 8. Januar 1856 dieselbe dem Abgeordnetenhaus vorgetragen und in dem darauf erstatteten 4. Bericht vom 18. Februar ejusd. a. die Kommission für Handel und Gewerbe anerkannt habe: „daß, bevor das jetzt vorhandene Eisenbahnnetz geschaffen worden, die große Verkehrs- und Han-

*) Dieser Commissionsbericht ist wegen des Schlusses der Session in dem Hause der Abgeordneten nicht mehr zur Berathung gekommen.
Red.

Handelsstraße, welche die östlichen mit den westlichen Provinzen verband, mitten durch die Provinz Sachsen, also gerade in derjenigen Richtung führte, welche die beantragte Bahn nehmen würde; daß diese Verkehrs-Richtung für Preußen die natürlichste und zweckmäßigste gewesen, weil sie fremd-herrliches Gebiet nur auf einer kurzen Strecke zu durchziehen brauche und sich sonst auf vaterländischem Boden halte, und weil sie denjenigen Theil der Provinz Sachsen durchziehe, der in Ansehung seiner Agrikultur, seines Handels und seiner Industrie unstreitig zu den blühendsten Landstrichen der Preussischen Monarchie gehöre.“

Es hat die Kommission ferner ausgesprochen, daß es in der Aufgabe der Staats-Regierung liege, alle Bestrebungen zu unterstützen, welche dahin führten, Preußen von einer Abhängigkeit seiner großen Verkehrs-Beziehungen vom Auslande zu befreien und eine möglichst selbstständige Bahn für seinen inneren Verkehr zu gewinnen und damit gleichzeitig das Interesse zur Geltung zu bringen, die alte Handelsstraße und den Verkehr einer gesegneten vaterländischen Provinz wieder herzustellen.

Zu Bezug auf die Rentabilität der Bahn haben die Petenten schon früher hervorgehoben, daß Nordhausen allein jährlich 500,000 Centner importire und 527,000 Centner exportire, während die Hochöfen und Hüttenwerke des südlichen Harz-Distriktes und der Grafschaft Mansfeld, die Saline Artern und die Kohlen-Bergwerke einen ungleich bedeutenderen Transport erwarten ließen u. s. w.

Wenn ferner die Kommission bei der damals beantragten motivirten Tages-Ordnung von der Voraussetzung ausging, daß die Bahn im Wege der Privat-Spekulation zu Stande kommen würde, so bemerken die Petenten, daß solches durch die Ungunst der Verhältnisse nicht zu ermöglichen gewesen sei. Die Ertheilung der Erlaubniß zur Aktienzeichnung für die Bahn, deren vorläufige Beschränkung auf die Strecke Halle-Nordhausen nachgelassen wurde, fiel in eine Zeit, welche neuen Eisenbahn-Unternehmungen, selbst wenn sie, wie die in Rede stehende, eine ausgezeichnete Rentabilität versprechen, nichts weniger als günstig war, nämlich in den Anfang des Jahres 1858, wo fast alle Verhältnisse unter dem Drucke einer welterschütternden Krisis zu leiden hatten, von deren Wirkungen sie sich auch jetzt noch nicht erholt haben. So sehr auch das Comité, welches sich zur Realisirung des Projekts gebildet hatte, es sich angelegen sein ließ, das Unternehmen zu Stande zu bringen und so sehr auch

die bei der Anlage der Bahn interessirten Korporationen und Privaten der Ortschaften an der Bahnlinie sich bei der Aktienzeichnung betheiligt haben, so daß namentlich bloß in Nordhausen, incl. einer Zeichnung der Kammerei, nahe an eine Million Thaler und von den Gewerkschaften zu Eisleben allein 250,000 Thlr. gezeichnet worden sind, habe es dennoch nicht gelingen wollen, das in Stamm-Aktien zu beschaffende Kapital von 4 Millionen Thaler aufzubringen.

Die Petenten führen über den Umfang der Industrie noch an, daß sich dieselbe nicht nur nicht auf ihrem früheren Standpunkt erhalten, theilweise sogar noch erweitert habe. Die ordinaire Post habe im vergangenen Jahre 17,617 Personen von Nordhausen aus befördert, die von den Gewerbetreibenden im Laufe eines Jahres zu zahlende indirekte Steuer belaufe sich weit über 350,000 Thlr., und die seit dem 1. November 1856 in Nordhausen errichtete Bank-Kommandite habe bereits im Jahre 1857 einen Geschäfts-Umsatz von 13,080,000 Thlr. gemacht.

Nur in der Erwartung, daß die Eisenbahn nicht länger werde auf sich warten lassen, habe sich der Verkehr ziemlich in seiner Lebhaftigkeit erhalten und auf die Vermehrung der Bevölkerung einen so starken Einfluß äußern können, daß sich die Seelenzahl seit der Zählung vom 3. December 1855 bis zur Zählung am 3. December 1858 um 1,076 Seelen (circa 7 Procent) habe vermehren können. Dagegen würde, wenn diese Erwartung sich getäuscht finden sollte, der stärkste Rückschlag unausbleiblich sein.

Der Kommissar der Regierung erklärte: Das Unternehmen einer Eisenbahn von Halle nach Nordhausen und in seiner Verlängerung über Heiligenstadt zur Landesgrenze, resp. bis Kassel werde von der Staats-Regierung als ein gemeinnütziges erkannt und bei der hervorragenden Wichtigkeit desselben für die vaterländischen Interessen sein Zustandekommen von ihr lebhaft gewünscht. Die Ungunst der Verhältnisse habe bisher trotz der anerkannterwerthen Betheiligung der interessirten Städte und Kreise leider verhindert, daß im Wege der Privat-Association das für die Strecke Halle-Nordhausen erforderliche Aktien-Kapital sichergestellt werde, und seien die eingeleiteten Verhandlungen wegen Gewinnung eines geeigneten Unternehmers bisher nicht von Erfolg gewesen. Die Regierung werde indeß das Projekt nicht aus dem Auge verlieren und so viel an ihr liege, in geeigneter Weise auf dessen Förderung hinwirken, um beim Eintritt



günstigeren Zeiten der Ausführung näher zu treten. Unter den gegenwärtigen Umständen könne es nicht von Erfolg sein, die Regierung weiter zu drängen. Die Ausführung für Rechnung des Staates liege nicht in der Absicht der Regierung.

In Folge dieser Erklärung wurde der Antrag des Referenten:

zur Tages-Ordnung überzugehen,
einstimmig angenommen.

Berlin, den 5. Mai 1859.

Chronik der Stadt Halle.

Kirchliche Anzeigen.

Getraute:

Marienparochie: Den 15. Mai der Torffabrikant Röster mit A. Freisleben.

Moritzparochie: Den 15. Mai der Bürger und Maurer zu Gröbzig Fritsche mit M. F. Reuter.

Domkirche: Den 15. Mai der Tapezierer Roth mit R. H. Raumann.

Militairgemeinde: Den 13. Mai der Reservist vom 27. Infant.-Regim. Wiemer mit B. J. Berger. — Den 14. der Reservist vom 4. Artillerie-Regim. Eulenbergh mit E. F. C. Barth. — Der Reservist vom 4. Artillerie-Regim. Richter mit J. W. M. Heinrich. — Den 19. der Trainisoldat vom 4. Armeecorps Möbius aus Mühlbeck mit W. Romanus.

Neumarkt: Den 16. Mai der Goldarbeiter Walther mit J. A. C. Drechsler.

Glauch: Den 11. Mai der Handarbeiter Meißner mit E. H. Richter.

Geborene:

Marienparochie: Den 13. März dem Maurer Kappsilber ein S., Johann Gottfried Anton. — Den 16. dem Seilermeister Schulze eine T., Louise Christiane Therese. — Den 26. dem Torffabrikant Röster ein S., Richard Julius Emil. — Den 7. April dem Geschäftsführer in den Stadtmühlen Weineck eine T., Auguste Margarethe. — Den 11. dem Maurer Herrmann eine T.,

Auguste Louise Anna. — Den 15. dem Seilermeister Schmidt ein S., Friedrich Carl Otto. — Den 20. dem Victualienhändler Schade ein S., Friedrich Heinrich Hermann. — Den 20. ein unehel. S., Paul Louis. — Den 25. dem Drechsler Blume ein S., August Friedrich Wilhelm. — Den 6. Mai dem Maschinenschlosser Greiner ein S., Johann Hermann Albert Arthur.

Ulrichsparochie: Den 5. December 1858 dem Postbeamten Gerlach ein S., Wilhelm. — Den 7. April 1859 dem Eisenbahnbeamten Rechtenbach ein S., Johann Georg Ludwig. — Den 15. dem Schuhmachermeister Lindner ein S., Paul Richard. — Den 19. dem Böttcher Schöllner ein S., Carl Gustav.

Moritzparochie: Den 12. April dem Nagelschmidtmeister Billmeyer ein S., Louis Hermann. — Den 14. dem Schiffer Hendel eine T., Dorothee Amalie. — Den 28. ein unehel. S., Hermann Max. **Entbindungsinstitut:** Den 8. Mai eine unehel. T., Marie Emilie. — Den 11. ein unehel. S., Hermann Max. — Den 13. ein unehel. S., Friedrich August.

Domkirche: Den 26. März dem Agent Niedel eine T., Agnes. — Den 6. April dem Handarbeiter Lehmann eine T., Henriette Christiane Therese Anna. — Den 12. dem Schuhmachermeister Förger eine T., Marie Martha. — Dem Fleischer Sondershausen eine T., Ida Agnes Minna Hedwig. — Den 18. dem Polizeisergeant Welisch eine T., Louise Julie.

Militairgemeinde: Den 30. Mai dem Assistenzarzt vom 2. Bat. 32. Infant.-Regim. Reiboldt Zwillingssöhne: I. Gustav Adolph; II. Friedrich Wilhelm.

Neumarkt: Den 8. März dem Schlossermeister Hauptmann ein S., Carl Adolph. — Den 8. April dem Handarbeiter Unger ein S., Friedrich August. — Den 18. dem Gastwirth Grunenberg eine T., Marie Henriette. — Den 2. Mai dem Postconducteur Einsingen eine T., Auguste Therese Albertine.

Glauch: Den 20. März dem Handarbeiter Ulbrich ein S., Richard Max. — Den 2. Mai ein unehel. S., Friedrich Carl Baldemar. — Den 4. dem Zimmermann Fischer ein S., Gottlob Friedrich Carl.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Druck der Waisenhaus-Buchdruckeret.

(Beilage.)